

Rede zur Lichterkette gegen Fremdenfeindlichkeit am 9. November

Guten Abend,

geht es Ihnen auch so? Manchmal möchte man sich in diesen Tagen selbst kneifen, ob die Realität, mit der man konfrontiert ist, nur ein Traum ist. Ein Alptraum, aus dem man nur aufwachen muss, um in die vermeintlich heile demokratische Welt, in der wir jahrelang zu leben glaubten, zurückzukehren.

Man reibt sich ungläubig die Augen, zum Beispiel, wenn man in den sozialen Netzwerken der Rother Runde angesichts der Notbelegung der Rother Realschulturnhalle für die hier Zuflucht suchenden Menschen Aussagen wie die Folgenden lesen muss:

„Deutschland den Deutschen. Es ist unser Land und es wird seit Jahren vernichtet“

„Ich finde man sollte den Altbestand einmal aussortieren, wer seit Jahren hier ist und nicht arbeitet und nur kassiert ab nachhause, wer sich integriert kann ohne Probleme bleiben. Ruck zug haben wir wieder Platz.“

In der Rother Runde schreiben keine anonymen Computer-Bots. Hier schreiben Menschen wie Sie und ich. Menschen, die wir kennen. Menschen aus der Nachbarschaft, Menschen, die mit uns am Bäcker anstehen oder uns beim Spaziergang freundlich grüßen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichte Ende September eine Studie, die zeigte, dass im Jahr 2023 jeder achte Deutsche eine klar rechtsextreme Orientierung aufweist. 6 Prozent der Befragten befürworteten eine starke Diktatur mit einer einzigen starken Partei sowie einem Führer für Deutschland.

16 Prozent behaupten eine nationale Überlegenheit Deutschlands und fordern eine Politik, die dem Land die Macht und die Geltung gebe, die es verdiene. 6 Prozent stimmen der Aussage zu, es gebe wertee und unwertes Leben. Jeder Dritte stimmte der Aussage zu, „dass die Politik und andere Führungspersönlichkeiten nur Marionetten dahinterstehender Mächte seien“.

Aussagen, die wir vor einiger Zeit als unverzeihlich gezeißelt hätten. Aussagen, die mit jeder vermeintlichen verbalen Entgleisung ein Stück normaler scheinen. Wir mussten in den letzten Monaten beobachten, wie sich die Grenze des Sagbaren – auch bei den etablierten Parteien – mehr und mehr verschob.

Der Versuch, der Alternative für Deutschland durch eine nachgeahmte, gemäßigte Rhetorik – denken Sie beispielsweise an Aussagen zum Zahnarztbesuch von Geflüchteten- das Wasser abzugraben, ist angesichts von Wahlergebnissen von 14,7 Prozent für die AfD jüngst bei der Landtagswahl hier im Landkreis krachend gescheitert.

Es ist zu einfach zu glauben, wie viele Oppositionspolitiker uns suggerieren, die Ampel müsse nur endlich das Migrationsproblem lösen und der Spuk der AfD sei vorbei. Als ob sich die Menschen in der Bundesregierung und Ministerien täglich mit geschlechtergerechter Sprache und fleischlosem Kantinenessen anstatt mit der Situation an den Grenzen beschäftigen würden.

Der Journalist Mark Schieritz schrieb hierzu jüngst in einer Kommune: *„Ordnung in die Migrationsbewegungen zu bekommen, ist ein wenig komplizierter als eine Bierzeltrede zu dem Thema zu halten“.*

Heute erinnern wir wie jedes Jahr die Reichspogromnacht am 9. November 1938. Ein 85. Jahrestag, der näher denn je wirkt. Und dessen Gedenken vor allem aktueller, wichtiger denn je ist.

In einem Leitartikel in der Wochenzeitung die „Die Zeit“ schrieb der frühere FDP-Innenminister Gerhard Baum den schönen Satz *„Die Erinnerungskultur hat dieser Demokratie Kraft gegeben. Sie ist ein Stück unserer Identität“.*

In einer Zeit, in der sich – wie der amerikanische Historiker Fritz Stern beispielsweise analysierte- erstaunlich viele Parallelen zur der NS-Zeit vorausgegangenen Weimarer Republik und der damaligen Sehnsucht nach geistiger Erlösung und einfachen Lösungen in einer chaotischen Zeit auftun – ist die Erinnerung an die schrecklichen Konsequenzen, die darauffolgt, wichtiger denn je.

85 Jahre nach den Pogromen, denen hunderte von Jüdinnen und Juden zum Opfer fielen, registrieren wir in diesen Wochen eine starke Zunahme

antisemitischer Straftaten gegen Synagogen, Geschäften und Menschen. Jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger leben wieder in Angst, schicken ihre Kinder nicht mehr in die Schule, Sportvereine stellen ihren Spielbetrieb ein. Und die Täter sind, anders als es uns zuweilen suggeriert wird, in den meisten Fällen deutsche Staatsangehörige mit einer klar rechtsextremen Gesinnung.

Im Jahr 2008 war es ausgerechnet die deutsche Bundeskanzlerin Angelika Merkel, die als erster ausländischer Staatsgast vor dem israelischen Parlament, der Knesset, sprechen durfte – und das auf Deutsch. Hier formulierte sie unter anderen als Konsequenz aus dem deutschen Massenmord an über sechs Millionen Juden den Schutz Israels als deutsche Staatsräson. Und sie formulierte zur deutschen Erinnerungsarbeit ein paar, wie ich finde, wichtige Sätze:

Ich bin zutiefst davon überzeugt: Nur wenn Deutschland sich zu seiner immerwährenden Verantwortung für die moralische Katastrophe in der deutschen Geschichte bekennt, können wir die Zukunft menschlich gestalten. Oder anders gesagt: Menschlichkeit erwächst aus der Verantwortung für die Vergangenheit.

Für uns demokratische Parteien leitet sich daraus die Verantwortung ab, mit Veranstaltungen wie unserer jährlichen „Lichterkette gegen Fremdenfeindlichkeit“ das Gedenken an die Vergangenheit, die schrecklichen Ereignisse von 1938 am Leben zu halten und die richtigen Lehren für die Gegenwart zu ziehen. Und dazu gehört aus meiner Sicht auch ein menschlicher Umgang mit hier Schutz suchenden Menschen, um an die anfänglichen Zitate zu erinnern.

Für die demokratischen Parteien erwächst daraus aber auch die Verantwortung, dass offensichtlich tief gestörte Vertrauensverhältnis zu großen Teilen der Bevölkerung wie die Ergebnisse der Friedrich-Ebert-Stiftung oder die jüngsten Wahlergebnisse zeigten, zu verbessern. Und dabei muss neben der Erinnerungsarbeit angesichts von besorgniserregenden Wahlergebnissen bei den U18-Wahlen auch unsere Jugend als Zukunft unseres Landes in den Fokus von vermehrter politischer Bildungsarbeit rücken.

Wir Deutschen haben nach dem 2. Weltkrieg, wie Gerhard Baum in seinem Gastbeitrag in der Zeit schrieb, bewiesen, dass wir Demokratie können. Jetzt müssen wir zeigen, dass wir für sie kämpfen können.